

ZWEITES HAUSHALTSFINAN-ZIERUNGSGE- SETZ

STEUERLUCHS VOM 17.01.2024



Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 sind Änderungen am Bundeshaushalt 2024 notwendig geworden. Die Bundesregierung hat das Zweite Haushaltsfinanzierungsgesetz auf den Weg gebracht. Es sieht ab 2024 u.a. eine höhere Luftverkehrssteuer, Sanktionsmöglichkeiten beim Bürgergeld und den schrittweisen Abbau des begünstigten Agrardiesels vor (wogegen sich seit Tagen ein bundesweiter Protest richtet). Der Finanzausschuss hat sich am Montag, den 15. Januar 2024, in einer öffentlichen Anhörung mit dem Gesetzesentwurf befasst.

Folgende Regelungen sind vorgesehen:

- Die derzeit geltenden Sätze der Luftverkehrssteuer sollen zum 01.05.2024 erhöht werden.
- Die Einnahmen aus den Offshore-Ausschreibungen im Jahr 2023 werden breiter verwendet. Ein Teil fließt an den Bundeshaushalt.
- Die Steuerbegünstigung beim Agrardiesel soll schrittweise ab dem 01.03.2024 sinken und ab 2026 vollständig entfallen.
- In der Grundsicherung werden Regelungen für diejenigen Arbeitsuchenden verschärft, die die Aufnahme einer zumutbaren Arbeit willentlich verweigern.
- Der Bürgergeldbonus wird abgeschafft, die finanziellen Anreize für berufsabschlussbezogene Weiterbildungen durch das Weiterbildungsgeld und die Weiterbildungsprämie bleiben erhalten.

Hinweis:

Am **Donnerstag den 18.01.2024 zwischen 13.00 und 14.00 Uhr** findet das erste Webinar 2024 AUTO-HAUS Recht & Steuern-Talk powered by RAW-Partner statt, in dem auf die rechtlichen und steuerrechtlichen Neuerungen 2024 eingegangen wird.

